

Mündige Bürger im Polizeistaat?



Unsere schweizerische, direktdemokratische Staatsform ist geprägt durch die Mitbestimmung des Schweizervolks durch Referendum, Initiative, Petition, Wahl- und Stimmrecht auf allen drei Staatsebenen von Gemeinde, Kanton und Bund. Der damit verbundene

Staatsaufbau von unten nach oben achtet und garantiert das Prinzip der Gemeinde- und Bürgerautonomie. Diese Form der Direkten Demokratie gibt uns Bürgerinnen und Bürgern ein Maximum an Selbstbestimmung. Diese Selbstbestimmung des Souveräns macht unsere Direkte Demokratie in der Welt so einmalig, was allgemein anerkannt wird.

Die Direkte Demokratie setzt ein Staatsverständnis voraus, welches auf einem mündigen, selbstbewussten und selbstbestimmten Bürger aufbaut. Direkte Demokratie lebt von der Vorstellung eines kritisch denkenden Bürgers, der in der Lage ist, die Geschehnisse des Landes sinnvoll zu lenken. Bürger und Regierung vertrauen einander.

Direkte Demokratie ist ohne den mündigen Bürger gar nicht möglich, einem Bürger, der weiss, welche Bedeutung er für die Gemeinschaft und den Staat hat, der sich und seiner Bedeutung bei der Volksabstimmung bewusst ist.

Dieses direktdemokratische Verständnis von Staat und Bürger ist leider weder selbstverständlich noch unverbrüchlich. Im Gegenteil! Es ist vielen Anfeindungen und Gefahren ausgesetzt! Selbst im eigenen Land sind seit Jahren starke und gut organisierte Kräfte unermüdlich daran, das Volk zu entmündigen und die Macht im Staat an sich zu reißen.

Das Volk wird belogen und betrogen. Gesetze werden geschaffen, welche die Regierung verpflichten, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf das gewünschte Abstimmungsresultat hinzuführen, damit der anvisierte «Fortschritt» nicht vom Zufall abhängt. Der mündige Bürger wird abqualifiziert, als unfähig hingestellt, wichtige und weitreichende Entscheide zu treffen. Welch elitäres Denken mit dem Ziel, die Staatsform der Direkten Demokratie abzuschaffen!

Unter dem scheinheiligen Vorwand des bequemem Einkaufens, des Konsumentenschutzes oder von Sicherheit, Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung und vielem mehr bildet sich – begünstigt durch eine rasante technische Entwicklung – ein

Netz von Überwachung und Kontrolle, das uns Bürgern den letzten Rest von Würde und Selbstbestimmung rauben wird.

Wodurch ist es zu erklären, dass diese polizeistaatliche Überwachung, die längst zu unserem Alltag gehört, in seiner Konsequenz doch nicht wahrgenommen wird? Hängt es vielleicht mit der vorenthaltenen, bzw. einseitig aufbereiteten Information zusammen?

Seit kurzem werden in der Schweiz die Zeitungen und Radiostationen nur noch aus einer Quelle mit «Informationen» beliefert. Die Schweizerische Depeschagentur SDA ist mit dem Deutschen Depeschendienst ddp übereingekommen, dass diese ihren Inlanddienst per 1. Februar 2010 einstellt und die

SDA die deutschen Textdienste der ddp sowie die englischsprachigen Dienste von AP International für die Schweiz übernimmt. Somit werden wir künftig nur noch aus einem Topf informiert, was der Gefahr einer uniformen, gezielt aufbereiteten «Information» noch schärfere Konturen verleiht.

Tun wir, tun Sie etwas dagegen?!

Organisieren wir uns im Widerstand, in der Verbreitung ehrlicher, pluralistischer Information.

VEREIN BÜRGER FÜR BÜRGER

Präsident Dr. Markus Erb

Überwachung durch den Staat – die Schweiz ist vorne mit dabei.

Kurt Weber, Rebstein

Liebe Leserinnen und Leser

Im 2. Teil unseres Artikels geben wir Ihnen weitere Informationen, wie momentan die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt werden.

In der EU testet Grossbritannien bereits Funknummernschilder mit Long-Range-RFID-Systemen, unter anderem in London. Die offizielle Begründung lautet, dass man Mautprellern, die vor der Stadteinfahrt gefälschte Kennzeichen an ihre Fahrzeuge montieren, leichter auf die Schliche kommen will. Eine Totalüberwachung sämtlicher Fahrzeugbewegungen wird so möglich.

Vorratsdatenspeicherung

Die Vorratsdatenspeicherung ist eine Vorstufe der Telekommunikationsüberwachung. Die auf Vorrat zu speichernden Daten erlauben weitgehende Analysen persönlicher Netzwerke. Mit Hilfe der auf

Vorrat zu speichernden Daten lässt sich, ohne dass auf Kommunikationsinhalte zugegriffen wird, das Kommunikationsverhalten jedes Teilnehmers analysieren. Auf Vorrat gespeichert werden Internetverbindungen, Internettelefonieverbindungen, Handyverbindungen, Festnetzverbindungen. Was sich jetzt bereits abzeichnet, ist in einem nächsten Schritt die Inhalte zu kontrollieren.

Themen in dieser Ausgabe:

Mündige Bürger im Polizeistaat?	S. 1
Überwachung durch den Staat – die Schweiz ist vorne mit dabei.	S. 1+2
Einführung der Echtzeitüberwachung – in der Schweiz ohne Debatte.	S. 2+3
EU-Diktatur – ohne uns!	S. 3
Für Befehlsentgegennahme nach Brüssel gereist!	S. 3
Bürgerinnen und Bürger schreiben ...	S. 4



Alles wird im Namen der Sicherheit und dem «Wohl des Menschen» durchgesetzt. Stimmt das wirklich? Jedem Problem wird mit Kontrolle und Überwachung begegnet. Werden dadurch die aktuellen Probleme nicht schlimmer, wenn die Ursachen nicht bekämpft werden?

Wenn erst einmal die Telefongespräche und Internetkontakte nach Inhalt kontrolliert werden, verlieren wir dann nicht unsere Meinungsfreiheit?

Zum Funk-Chip unter die Haut ist dann nur noch ein kleiner Schritt. Waren bislang die DNA und Fingerabdrücke usw. nur auf Datenbanken für Verbrecher zu finden, sind sie künftig in jedem Chip enthalten. Über diesen Chip können sämtliche finanziellen Angelegenheiten geregelt werden. Er kann sämtliche Daten tragen, die uns Zugang zu Sicherheitszonen gewähren oder verweigern werden. Der Chip soll letztlich den genauen Standpunkt jedes Erdenbürgers via GPS (globales Positionssystem) ermitteln und mitverfolgen können.

Wer aber kontrolliert diejenigen, die Zugang zu all diesen Daten haben? Denken wir wirklich, dass sie es alle nur gut mit uns meinen?

Erschreckende Realität in der Schweiz

Auffällig ist die Aufrichtung von zentralen Datenbanken, wie es auch das neue Ausweisgesetz in der Schweiz vorsieht. Wir müssen feststellen, dass alle Massnahmen gegen diese Entwicklung gescheitert sind. Das jüngste Beispiel ist die Abstimmung vom 17. Mai «biometrische Pässe». Behörden und Parteien arbeiteten mit Propagandalügen und Manipulationen gegen das Volk, gegen die eigenen Bürger.

Mut zur Freiheit!

Wir opfern unsere Freiheitsrechte nicht den Szenarien von Angst und Sicherheitsstreben.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Fachleute machen auf grosse Sicherheitsmängel des neuen Passes aufmerksam. Der Bundesrat behauptet, der Pass sei absolut sicher. Haben wir gemerkt, dass in allen Fragen der Anpassung nach Aussen versucht wird, das Volk zu umschiffen?

Was können wir dagegen tun?

Als Bürger haben wir die Verantwortung für die politische Entwicklung in unserem Land. Freiheit kostet ihren Preis. Wenn wir diesen Kampf nicht endgültig verlieren wollen, dürfen wir nicht mehr passiv bleiben. Wir müssen sehen, dass diese Entwicklung, diese Gleichschaltung zum Untergang der direkten Demokratie hin zur neuen Weltordnung oder besser gesagt, zur totalen Diktatur führt.

Wir brauchen jede Stimme und den Mut, dieser kommenden Gefahr ins Auge zu sehen. Der Verein Bürger für Bürger nimmt den Bürgerinnen und Bürgern nicht ihre Aufgabe ab und handelt anstelle des Bürgers, sondern strebt *mit ihm zusammen* eine Veränderung an. Diese Informationen dienen zur Aufdeckung der zurzeit grassierenden Manipulation. Weil wir durch unsere Volksvertreter nicht mehr vertreten sind, liegt es an uns, zu handeln.

Für die Praxis möchte ich einige Beispiele geben: Geben Sie diese Zeitung an Bekannte, Freunde und Nachbarn weiter. Fragen Sie nach, ob sie die Bürger für Bürger-Zeitung auch erhalten möchten. Zum Verteilen können Sie gerne weitere Exemplare bei uns beziehen. Geben Sie die Adressen von Interessierten an uns weiter. Schreiben Sie Leserbriefe. Schreiben Sie Briefe an Behörden. Wehren Sie sich öffentlich gegen Manipulation und Propaganda.

Agenda der Sicherheitspolitik weltweit:

11. Sept. 1990 US Präsident George H.W. Bush hält eine Rede, in der er zum ersten Mal vor grossem Publikum über die «Neue Weltordnung – New World Order» spricht. „It’s a big Idea a New World Order” (G.H.W. Bush senior).

11. Sept. 2001 Mutmassliche Anschläge auf das World Trade Center New York und der Beginn des „War on Terror“.

2002 wurde die Vorratsdatenspeicherung erstmals öffentlich erörtert.

11. März 2004 Madrider Zuganschläge. Der Europäische Rat beauftragt den Ministerrat, bis Juni 2005 zu prüfen, ob und welche Rechtsvorschriften zur Vorratsdatenspeicherung erlassen werden sollten.

7. Juni 2005 Terroranschläge in London. Die fast zeitgleiche Übernahme der Ratspräsidentschaft der EU durch das Vereinigte Königreich verleiht dem Vorhaben neuen Schwung. Die EU-Kommission, die der Vorratsdatenspeicherung spätestens seit den jüngsten Terroranschlägen positiv gegenübersteht, legte am 21. September 2005 einen eigenen Entwurf für eine Richtlinie vor.

3. Mai 2006 Die Mitgliedstaaten der EU (Richtlinie 2006/24/EG) sind nun dazu verpflichtet, nationale Gesetze zu erlassen, nach denen bestimmte Daten, die bei der Nutzung von öffentlichen elektronischen Kommunikationsdiensten anfallen, von den Anbietern auf Vorrat zu speichern. Gespeichert werden sollen insbesondere Verkehrs- und Standortdaten, Inhaltsdaten von Internet-, Mobil- und Festnetzverbindungen. Die Inhalte von E-Mails und Telefonaten sollen nicht gespeichert werden.

August 2007 Die EU bewilligt die Weitergabe von Fluggastdaten an die USA. Übermittelt werden seither 19 Datenfelder eines jeden Passagiers, der in die USA einreist, Angaben zur Zahlung, Reiseverlauf und Gepäck. Die Angaben werden 15 Jahre gespeichert.

15. September 2007 Frist für die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung ist abgelaufen, es durfte für die Dienste Internetzugang,

Internet-Telefonie, E-Mail bis längstens 15. März 2009 aufgeschoben werden. Besondere Erklärung der Mitgliedstaaten ist notwendig.

Am 31. Dezember 2007 wird in Deutschland vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung Verfassungsbeschwerde eingereicht. 34 939 Menschen reichen erstmals eine Verfassungsbeschwerde mit einem gemeinsamen Anwalt ein.

Am 19. März 2008 hat das deutsche Bundesverfassungsgericht das Gesetz zur Massenspeicherung von Telefon und Internetverbindungsdaten per einstweilige Verordnung stark eingeschränkt. Die Speicherpflicht wurde jedoch nicht ausgesetzt, dafür dürfen die Ermittlungsbehörden nur mit Genehmigung eines Ermittlungsrichters und im Zusammenhang schwerer Straftaten darauf zugreifen.

18. Juni 2008 EU – USA – Gipfel. Ein Transatlantisches Datenschutzabkommen legt die Rechtsgrundlagen für den Datenaustausch zwischen der EU und den USA fest. Es erlaubt seit Anfang August 2009, Angaben über ethnische Herkunft, politische Überzeugung oder religiöse und philosophische Vorstellungen sowie Gewerkschaftsmitgliedschaft und Informationen zu Gesundheit und Sexualleben zu übermitteln.

1. Juli 2008 Frankreich führt per Dekret die Datenerfassung «Edvige» ein, welche Empörung auslöst. «Edvige» soll für Behörden (Inlandsgeheimdienst DCRI) Daten von Personen zentral erfassen, die sich entweder für ein politisches, gewerkschaftliches oder religiöses Mandat bewerben, bzw. schon mit einem Mandat betraut sind. Darüber hinaus sammelt «Edvige» auch Daten von Individuen, bzw. Gruppen, die möglicherweise die öffentliche Ordnung stören könnten. Neu ist auch, dass Personen ab 13 Jahren erfasst werden sollen, die noch keine Straftat begangen haben. Selbst sexuelle Neigungen sollen erfasst werden. Die Verordnung wurde mit wenigen Einschränkungen von der Regierung in Kraft gesetzt.

2009 Einbindung von digitalen Fingerabdrücken und Foto in EU-Pässen rechtsverbindlich. Derzeitige Pläne sehen vor, von Kindern ab 6 Jahren Fingerabdrücke zu nehmen.

2011 Nicht-EU-Bürger, die ein Visum beantragen,

Einführung der Echtzeitüberwachung in der Schweiz ohne Debatte.

Otto Kotz, Eschenz

Quasi durch die Hintertür führte das EJPD der Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) auf den 1. August 2009 die weitgehende Überwachung des Internets ein. Auch das neueste im Zusammenhang mit Schengen lässt aufhorchen, nämlich der Bundesrat will in Zukunft DNA-Daten und Fingerabdrücke an die EU-Staaten liefern. Grund: hohe Trefferquoten in der Verbrechensbekämpfung. Wer nichts zu verbergen habe, der habe vom Überwachungsstaat nichts zu befürchten, meinen einfache, naive Gemüter. Sie haben aus der Fichen-Affäre nichts gelernt. Der Lehrer, der damals aus unerklärlichen Gründen keine Stelle mehr fand, erfuhr den Grund erst Jahrzehnte später, als der Fichenskandal aufflog.

Achtung Überwachung:

Ist Ihnen auch schon aufgefallen, wie viele Daten wir täglich über uns preisgeben? Wir surfen im Internet, benutzen Kredit- und Kundenkarten und legen so eine digitale Spur ganz persönlicher Informationen. Es kann uns egal sein oder auch nicht. Doch schon viele Jahrzehnte zuvor warnten Vordenker und Visionäre angesichts bestimmter Gefahren einer Gesellschaft, die sich im Zuge von Global- und Technisierung immer stärker vernetzt. Darunter sind bekannte Namen wie Aldous Huxley (Brave New World), George Orwell («1984») oder Robert Hugh Benson (Der Herr der Welt), um ihre fiktiven Romane zu nennen. Überwachung von ganz oben: Satellitenaufklärung wird immer

wichtiger. US-amerikanische „National Geospatial Intelligence Agency“ kann auch Details gezielt beobachten. Immerhin ist unklar, was und wieviel die NGA konkret überwacht.

Heute sind unter dem unscheinbaren Namen „RFID-Chip“ die wesentlichen technischen Voraussetzungen erfüllt und nicht nur zur Registrierung von Hunden, sondern auch bereits an Menschen innerhalb sensibler Hochsicherheitszonen erprobt. Einer flächendeckenden Einführung steht eigentlich nur noch jene zitierte Stelle bei Johannes entgegen. Aber es hiesse dem strategischen Geist eines Prometheus im Menschen zu misstrauen, wenn die neuen Weltmechaniker nicht auch diese psychologische Hemmschwelle zu überwinden suchen würden: Stichworte etwa «Kampf gegen den Terrorismus» oder «Registrierung zur Seuchenbekämpfung».

Es liegt an Ihnen, werter Leserin, werter Leser, sich darüber Ihre Gedanken und Ihren eigenen Reim darauf zu machen.

Achtung Überwachung:

Unterwegs zu einer Gesellschaft gläserner Bürger? 2008 wurden vom Überwachungsdienst des EJPD fast 6700 Überwachungsmassnahmen aufgeführt, davon fast 4700 rückwirkende, bei dem die Verkehrsdaten von den Providern übermittelt werden müssen und fast 2000 Echtzeitüberwachungen von Telefongesprächen und E-Mails. Noch 1997 lag die Gesamtzahl von Überwachungen bei rund 1000.

Der wirklich Kriminelle aber wird sein Surfverhalten verschleiern (TOR, Onion-Routing-Verfahren) und seine E-Mails verschlüsseln (TLS).

EU-Diktatur – ohne uns!

Martin Bracher, Blauen

Nach einem Jahr seit Schengen in Kraft getreten ist, habe man gute Erfahrungen gemacht, lesen wir in verschiedenen Berichten. Wie sieht es wohl in fünf, in zehn oder zwanzig Jahren aus?

Die Frage ist halt immer auch, aus welcher Sicht man das ganze anschaut. Wenn wir bedenken, dass wir mit Schengen potentiell auch den Europäischen Haftbefehl angenommen haben, dann müssen wir uns künftig auf fatale Vorkommnisse gefasst machen. Wären uns die Konsequenzen dieses Haftbefehls vor der denkwürdigen Abstimmung bewusst gewesen, wir hätten Schengen/Dublin nicht angenommen. Leider sind wir einmal mehr nicht umfassend informiert worden, wie es Aufgabe «unserer» Regierung wäre. Die Broschüre «Der europäische Haftbefehl – Kürzester Weg in die Tyrannei» vom italienischen Justizrat Carlo Alberto Agnoli erwähnt folgendes Beispiel: «Jeder EU-Bürger kann an ein EU-Land, das gemäss seiner Strafordnung einen Haftbefehl erlässt, ausgeliefert, nein: deportiert werden. Es zählt nicht mehr, wo Sie etwas getan haben, sondern nur noch, wo etwas verboten ist, ob etwas irgendwo in der EU verboten ist. Da ist kaum mehr jemand vor Verhaftung und Deportation sicher, und das gilt vor allem für Kritiker, Dissidente, Unbequeme und Leserbriefschreiber. Ein ganzes Netz von Spionen und Angebern verunmöglichen jeglichen Schutz vor ungerechter Verfolgung.»

Es ist doch einfach ungeheuerlich was sich da alles hinter unserem Rücken abspielt. Wir Schweizer

haben ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden, und genau diesem haben wir es zu verdanken, dass nach wie vor die Mehrheit von uns Schweizern gegen einen EU-Beitritt ist. Dies ist ja auch verständlich, denn wer will schon einem Gebilde beitreten, in dem unsere nationale Souveränität und wir als Volk samt Regierung entmachtet werden? Da können wir gerade so gut unser eigenes Grab schaufeln.

Wir wollen uns doch nicht an einen Vertrag (Lissabon) binden, welcher Erschreckendes beinhaltet, wie zum Beispiel die Wiedereinführung der Todesstrafe für unliebsame Systemkritiker. Unsere Väter haben ihr Leben gelassen für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres wunderschönen Landes! Dieses kostbarste Erbe wollen wir in Ehren halten, indem wir uns unerschütterlich hinstellen und mit unseren Vätern ausrufen: *Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern! In keiner Not uns trennen und Gefahr! Wir wollen frei sein wie es die Väter waren! Eher tot als in der Knechtschaft leben! Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen!* Allein dies zu lesen oder noch besser auszusprechen ist Balsam für die Seele. Wir sind ein kleines Land auf dieser Erde, doch jede Veränderung zum Guten hatte die Menschheit wenigen Kämpfern zu verdanken. Sind wir auf der Welt diese wenigen Kämpfer?

Die Zeit ist gekommen, wo alle dunklen Machenschaften aufgedeckt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssen!

Für Befehlsentgegennahme nach Brüssel gereist!

Paul Meier, Ernetschwil

Wie einer offiziellen Mitteilung des VBS zu entnehmen ist, reiste Anfang Dezember 2009 unser Chef der Armee, KKd Blattmann nach Brüssel, um sich im Hauptquartier der NATO zu erkundigen, wo noch Schweizer Soldaten auf der Welt eingesetzt werden könnten. Doch wenn man die NATO-Befehlsstrukturen kennt, weiss man, dass unser Armeeführer sich nicht zu erkunden brauchte, sondern dass er neue Befehle entgegen zu nehmen hatte.

Das dies überhaupt möglich ist, haben wir einem Abkommen zu verdanken, das der ehemalige CVP-Bundesrat Corti am 11. Dezember 1996 in Brüssel unterzeichnet hat. Dieses Abkommen, das unter der Lügenlegende «Partnerschaft für den Frieden» segelt, wurde nur vom Bundesrat und dem Parlament behandelt. Das Volk hatte dazu nichts zu sagen, obwohl dieses Abkommen unsere Neutralität aufs grösste verletzt. Zum Beweis sei der Wortlaut dieses Rahmendokumentes hier öffentlich bekannt gegeben:

Ziele des Rahmendokumentes:

- Entwickeln militärischer Kooperationsbeziehungen mit der NATO.
- Aufbau von Streitkräften, die besser gemeinsam mit den NATO-Streitkräften operieren können.
- Vereinbaren eines Planungs- und Überprüfungsprozesses, mittels dessen bestimmt und bewertet werden kann, welche Streitkräfte und Mittel von Vertragsmitgliedern mit Staaten der NATO für multinationale Ausbildungen, Übungen und Operationen zur Verfügung stellen können.

Auf Grund dieses Überprüfungsprozesses wird

unsere Armeeführung auch jährlich zweimal nach Brüssel ins NATO-Hauptquartier aufgebeten. Auch finden solche Treffen mit der NATO in der Schweiz statt. Und wenn man weiss, wie eng die Strukturen unserer Armee bereits an die NATO angeglichen wurden und wie tief die Beziehungen unserer Armeeführung mit den Kommandostellen der NATO sind, muss man sich nicht wundern, wenn im Ausland unsere Neutralität nicht mehr ernst genommen wird.

Es ist ja auch kein Geheimnis, dass der Einsatz von Schweizer Soldaten im Kosovo im Jahre 2011 ausläuft. Es wird daher in unserer Armeeführung fieberhaft daran gearbeitet, um einen weiteren Einsatz von Schweizer Truppen in Zusammenarbeit mit der NATO vorzubereiten. Da die NATO unter Führung der USA, sich in immer mehr Konflikte auf der Welt verwickelt, versucht sie nun die Staaten, welche das Partnerschaftsabkommen für den Frieden unterzeichnet haben, zu Kriegseinsätzen zu bewegen. Auch die Schweiz ist diesem Druck ausgesetzt.

Man weiss ja auch, wie gerne unsere Armeeführung sich an solchen Einsätzen mit der NATO beteiligen würde. Solche Einsätze seien die beste Ausbildung für unsere Offiziere, wird argumentiert. Zudem sei unser Land von lauter NATO-Staaten umgeben und das garantiere unserm Land eine grosse Sicherheit. Es sei daher nur recht und billig, dass wir diese NATO-Staaten auch unterstützen.

Die Gedanken unserer Armeeführung sind nur noch bei der NATO und im Ausland. Bedenklich

ist, dass dieser Zustand von der CVP und der FDP unterstützt wird. Daher ist es notwendig, dass auch auf diesem Gebiet das Volk aufsteht und eine Änderung erzwingt. Wir lassen uns nicht durch die Elite in die NATO und die EU zwingen. Offener Widerstand ist angesagt. Die bisherige Doktrin «Sicherheit durch Kooperation» ist ein Reinfall erster Klasse. Sie hat nicht nur die Zerstörung wichtiger Strukturen in unserem Lande gebracht. Auch die Armee selbst ist in zwei Teile gerissen worden. Gute Soldaten und Offiziere sind nur noch solche mit «Auslanderfahrung». Für diese ist nur das beste Material gut genug. Für die anderen, die sich für unser Land einsetzen, reicht das alte noch lange und für den Unterhalt fehlt das Geld. Offiziere, die einen Einsatz im Ausland ablehnen, werden nicht mehr weiter befördert, die Zweiklassenarmee hat Einzug gehalten! Kantone und Gemeinden sind für einen Ernstfall nicht mehr gerüstet, denn auch diese Strukturen für die Armee wurden zerstört.

Es liegt nicht an den Soldaten und Einheitskommandanten, die heute noch gute Arbeit leisten. Es ist die oberste Armeeführung, die ausgewechselt werden muss. Es sind aber vor allem einige Parlamentarier, die einsehen müssen, dass ihre verfehlte Politik der Kooperation in eine Sackgasse geführt hat. Nur eine Rückbesinnung auf eigenständige Sicherheitspolitik kann eine Besserung in die verfahrenen Situation bringen. Die Entwicklung der letzten Jahre sollte eine Lehre dafür sein, dass eine Politik, welche Land und Bevölkerung zum Wohle gereicht, nicht unter Umgehung der Stimmberechtigten betrieben werden kann.

Bürgerinnen und Bürger *schreiben...*

Dieses «Forum» steht allen Bürgerinnen und Bürgern zum Gedankenaustausch offen. Der Vorstand «Bürger für Bürger» übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt. Leserbriefe bitte senden an: Otto Kotz, E-Mail: otto.kotz@gmx.ch Bahnhofstrasse 34, 8264 Eschenz

Man braucht kein Brecht-Fan zu sein, aber eines seiner Gedichte bleibt gültig:

Die Lösung

Nach dem Aufstand des 17. Juni liess der Sekretär des Schriftstellerverbandes in der Stalinallee Flugblätter verteilen, auf denen zu lesen war, daß das Volk das Vertrauen der Regierung verscherzt habe und es nur durch verdoppelte Arbeit zurückerobert könne. Wäre es da nicht einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?

Hätte Bertolt Brecht das Gesindel im Club Helvétique gekannt, die lausige Kathy Riklin, den miesen Bankensprössling de Weck, den ...brocken Kreis und die steuergeldverschleudernden Staatsrechtsprofessoren, dann hätte Brecht das Gedicht vermutlich noch viel schärfer abgefasst...

Dr. Peter Niedermann

Sehr geehrter Herr Dr. Erb,

Besten Dank für die Zusendung der Zeitung, die ich mit Interesse gelesen habe. Ich habe bereits einige Zeitungen mit gleichen Ideen abonniert und bin immer wieder erstaunt, dass man sich nicht einigen kann, zusammen zu arbeiten. Wir hätten viel mehr Gewicht.

Zudem denke ich, dass unsere Regierung von aussen manipuliert ist. Couchepin ist Freimaurer, Schmid war Rotary – gehört in dieselbe Linie. Allerdings stelle ich immer wieder fest, dass die Schweiz die zukünftige Weltregierung stört. Deshalb waren die Anschuldigungen des Holocausts, die Armee 21, das Bankgeheimnis ganz gezielt, um die Banken und die Demokratie zu erledigen. Und es geht weiter mit den Fusionen von Gemeinden (Glarus, Val-de-Travers, Olten, Entlebuch usw.) wie auch übergreifende wirtschaftliche Zusammenschlüsse.

Ich denke hier auch an die Einführung des Bologna-Systems und jetzt neu Harmos. Buschor – nachdem er das Bologna-System durchgezwungen hatte, ist er von der UNO engagiert worden. Also von aussen manipuliert. Dabei war unser Schulsystem eines der Besten in der Welt. Und hier spreche ich aus Erfahrung, da ich in schweizerischen, englischen, deutschen, französischen und amerikanischen Systemen gearbeitet habe.

Wie können wir all diese zerstörerischen Machenschaften verhindern?

Ich glaube kaum, dass dies möglich ist, so lange wir nicht vereint dagegen arbeiten und gegen diese Leute, die das zulassen, kämpfen. Es wäre von Vorteil, wenn Ihre Zeitung auch in Französisch erscheinen würde. Dann werfe ich noch die Frage auf, ob diese Zeitung nicht «Zeitfragen» mit ihren verschiedenen Ausgaben Konkurrenz macht. Ihnen viel Erfolg wünschend, sende ich meine besten Grüsse.

Gertrude Berger

Ihre grosse Sorge um die Schweiz:

Sehr geehrte Frau Berger,

ich danke Ihnen bestens für Ihr Schreiben, mit welchem Sie uns Ihre grosse Sorge um den desolaten Zustand unserer Gesellschaft und der Schweiz zum Ausdruck bringen. Sie listen einige der unglaublichen Veränderungen der letzten Zeit auf, welche die Bürgerrechte in unserem Lande massiv geschmälert und die direkte Demokratie abgeschafft haben. Wir sind mit Ihnen untröstlich über diese Entwicklung und machen uns wie Sie Gedanken darüber, wie der Schweiz und uns Bürgern wieder auf die Beine geholfen werden kann. Auch wir sind der Meinung, dass in einer derartig schwierigen Situation ein Ausweg nur in Zusammenarbeit gefunden werden kann. Dabei sind wir allerdings der Meinung, dass eine Zusammenarbeit nicht nur durch einen Zusammenschluss zu einer einzigen grossen Organisation geschehen kann. Ein solcher Zusammenschluss könnte sich auch lähmend auf die einzelnen Menschen und Gruppen auswirken. Auch die Gefahr einer Unterwanderung durch destruktive Kräfte ist bei einer einzigen umfassenden Organisation viel grösser, als wenn Dutzende von Organisationen unabhängig von einander das selbe Ziel verfolgen. Ein derart heterogenes Wirken verursacht der Obrigkeit zudem etwelches Unbehagen, weil sie nicht weiss, wie damit umzugehen.

Dass die verschiedenen Gruppen sich gegenseitig konkurrenzieren, glaube ich nicht. Es mag zwar gewisse Überschneidungen geben, was aber auch nicht schädlich ist, denn eine Bestätigung der eigenen Gedanken ist auch wichtig, und zudem hat jede Gruppe und Zeitung ihren eigenen Schwerpunkt.

Ja schön wäre es, auch eine Ausgabe in französisch zu haben. Leider wissen wir zur Zeit noch nicht, wie wir so etwas bewerkstelligen könnten. Aber vielleicht haben Sie oder Ihre Freunde eine Idee?

Mit freundlichem Gruss

Dr. Markus Erb

Kooperation mit Hehlern = Image-Schaden für Deutschland!

Der Kauf von illegal heruntergeladenen und kopierten Bankkundendaten geschieht ganz klar *ohne* Rechtsgrundlage. Einlassen in Hehlerei ist sowohl für Volk als auch für Regierung ein Straftatbestand und Officialdelikt. Bei einem solchen «Geschäft» besteht die akute Gefahr, dass diese Methode Nachahmer hervorbringt, weil die Kriminellen sich mit ihrem Handeln Erfolg versprechen.

Zur erweiterten Absurdität könnte es soweit kommen, dass versucht wird, aus der Luft gegriffene Bankkundendaten als «echt» zu «verhökern».

Unsere deutschen Nachbarn verlieren dadurch jeglichen Respekt und machen sich vor allem unglaubwürdig und lächerlich, wenn sie sich mit Datendieben ins gleiche Boot setzen.

Die fürstliche Entlohnung von 2,5 Millionen Euro für den Datendieb, sollte das deutsche Bundesverfassungsgericht hellhörig werden lassen und die noch weiteren zum Verkauf angebotenen Bankkunden-CD's unverzüglich stoppen.

Den totalitären Überwachungsstaat Deutschland, welcher seine Bürgerinnen und Bürger streng observiert, hatten wir zur Zeit der beiden Weltkriege

des vergangenen Jahrhunderts schon einmal und bis vor kurzem im Kapitel der ehemaligen DDR. Das Bankkundengeheimnis, welches im Jahre 1934 ins Schweizerische Bankengesetz aufgenommen wurde, hatte vor allem den Zweck, die vom deutschen Staat schamlos verfolgten Juden vor Ausplünderung zu schützen.

Heute, so scheint es, passiert wieder Ähnliches: Die deutsche Regierung versucht hilflos, ihr hausgemachtes Billionendefizit durch einige hundert Millionen Euro zu tilgen und zeigt – gewissermassen als Alibi-Übung – mit den Fingern auf die sogenannten «Steuersünder».

Marcus Stoercklé jun., Basel

Unsere Verfassung müsste gründlich überholt werden.

Die Diskussionen um das Abstimmungsergebnis betr. Minarett-Verbot haben dem Stimmbürger klar gemacht, dass Zerstörer am Werk und am Wirken sind, die das Volk entmündigen wollen. Deshalb hat sich mancher Stimmbürger gefragt «wem habe ich seinerzeit durch meine Stimme den Weg ins Parlament gebahnt?» Eine Besinnung und Neuorientierung tut not!

Unsere Verfassung müsste gründlich überholt werden, so dass nicht weitere Säulen unserer Demokratie ab- oder angesägt werden mit der Begründung von Anpassung an Menschen- und Völkerrecht! Diese Tendenz hat leider zu viele Mitläufer gefunden, die sich nicht mehr bewusst sind, welche Rechte uns Schweizer Staatsbürgern zustehen. Deshalb wäre auch die Einbürgerungsfrage und -kompetenz gründlich zu überholen und sollten Doppelbürgerschaften ausgeschlossen werden.

Die neue Verfassung hätte Pflichten, Rechte und Grenzen von Bürger, Parlamentarier, Bundesrat, Bundesgericht und aller andern Räte inkl. Kantonsregierungskonferenzen usw. zu erfassen und klarzustellen, dass unsere Verfassung für unser Land massgebend ist und über Völker- und Menschenrecht steht. Eine grosse Arbeit für Verfassungsrechtler, die den Wert unserer Souveränität noch zu schätzen wissen!

Ruth Weber, Paspels

Polizeistaat im Anmarsch?!

In den aktuellen Diskussionen um das Bankkundengeheimnis sehe ich das Gute darin, dass wir uns jetzt mit der Wahrung unserer Privatsphäre auseinandersetzen. Denn unser Persönlichkeitsschutz wird immer mehr untergraben und die Realität des gläsernen Bürgers kommt immer näher. Wollen wir das überhaupt oder sollte uns dies nicht viel mehr aufhorchen lassen? Merken wir denn nicht, was da geschieht? Die geforderte und von gewissen Kreisen angestrebte Aufhebung des Bankgeheimnisses ist ein weiterer, wichtiger Baustein zur Errichtung eines diktatorisch geführten Überwachungsstaates. Ich bin überzeugt, wenn wir Bürger klar sehen, was hier auf uns zukommt, wir würden aufstehen und uns gemeinsam wehren gegen dieses herannahende Monster Namens Polizeistaat. Wir entscheiden darüber, wie unsere Zukunft aussehen wird!

Dazu ein denkwürdiger Schlusspunkt zum Thema Überwachung: «Im alten Rom hat ein Senator vorgeschlagen, man sollte alle Sklaven mit einem weissen Armband versehen, um sie besser erkennen zu können. „Nein“, sagte ein weiser Senator, „wenn sie sehen, wie viele sie sind, dann gibt es einen Aufstand gegen uns.“»

Martin Bracher, Blauen

Werden Sie aktiv!

*Direkte Demokratie
lebt von Ihrem Engagement!*